

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1995

Ausgegeben am 21. November 1995

254. Stück

-
- 757. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Estland über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen**
(NR: GP XIX RV 33 AB 100 S. 20. BR: AB 4978 S. 596.)
- 758. Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen**
(NR: GP XIX RV 8 VV S. 20. BR: AB 4987 S. 596.)
- 759. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Polen über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich samt Anlagen**
(NR: GP XIX RV 116 AB 274 S. 47. BR: AB 5081 S. 603.)
-

757.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Estland über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen

- Die Republik Österreich und die Republik Estland, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind
- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
 - im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
 - in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
 - ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
 - im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

Artikel 2

(1) Die Republik Österreich und die Republik Estland behandeln einander nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewähren wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß insbesondere in folgenden Bereichen Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen,
- Technologie- und Know-how-Transfer, angewandte Forschung, industrielle Dienstleistungen,
- Land- und Forstwirtschaft, Agrar- und Forsttechnik, landwirtschaftliche Maschinen und Ausrüstungen,
- Agro- und Lebensmittelindustrie; Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Produkte,
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen einschließlich Rüstungskonversion,
- Textilindustrie einschließlich Bekleidungsindustrie,
- Holzbe- und -verarbeitende Industrie, Papier- und Zelluloseindustrie,
- Metallurgie und metallverarbeitende Industrie, Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hüttenwerks- und Metallurgietechnik,
- chemische Industrie einschließlich Erzeugung von Dünge- und Pflanzenschutzmittel, Produktion und Vermarktung von Chemikalien,
- Aufsuchung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung, Vermarktung von mineralischen Rohstoffen einschließlich Zusammenarbeit auf Drittmärkten,
- Bergbau,
- Aufsuchung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung, Transport und Vermarktung von Energieträgern,
- Ausbau und Revitalisierung des Kraftwerks- und Hochspannungsleitungsnetzes, Energielieferungen,
- Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz,
- Produktion von Baumaterialien,
- Gesundheitswesen, medizinische und pharmazeutische Industrie,
- finanzielle und Bankdienstleistungen,
- Berufsausbildung und Managementschulung,
- Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren, Austausch von Wirtschaftsmissionen und Experten.

(3) In allen Bereichen der Zusammenarbeit sollen die Projekte grundsätzlich nach den höchsten Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Energie,
- Straßenbau,
- Recycling und Abfallverwertung,
- Transportwesen,
- Eisenbahn,
- Luftfahrt,
- Schifffahrt,
- Telekommunikation,
- Wasserwirtschaft.

Artikel 5

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristencode“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und fachliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes und des qualitativen Tourismus erfolgen.

Artikel 6

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Estland erfolgt in Übereinstimmung mit den in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

Artikel 7

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

Artikel 8

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Artikel 9

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften und auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Unternehmen fördern die Vertragsparteien

- a) die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsgeschäften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte,
- b) die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaates des 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

Artikel 11

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

Artikel 12

Auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien wird eine „Gemischte Kommission“ nach Österreich oder nach Estland einberufen, um die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu erörtern, Möglichkeiten zu deren Weiterentwicklung aufzuzeigen sowie gegebenenfalls Lösungsvorschläge für aktuelle, sich aus dem vorliegenden Abkommen ergebende Fragen zu erstellen.

Artikel 13

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

Artikel 14

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens verliert der „Handelsvertrag zwischen der Republik Österreich und der Estländischen Republik“ vom 11. Dezember 1928 *) einschließlich „Schlußprotokoll“ seine Wirksamkeit.

Geschehen zu Wien, am 26. April 1993, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und estnischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:
Wolfgang Schüssel

Für die Republik Estland:
Toomas Sildmäe

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 267/1929

EESTI VABARIIGI
JA AUSTRIA VABARIIGI VAHELINE
KAHEPOOLSETE VÄLISMAJANDUSSUHETE
LEPING

Eesti Vabariik ja Austria Vabariik, edaspidi nimetatud kui "lepingupooled",

- juhindudes soovist tugevdada olemasolevaid kahepoolseid välismajandussuhteid,
- püüdes edendada kaubavahetust ning majanduslikku tööstuslikku, tehnilist ja teaduslik-tehnilist koostööd võrdsuse ja vastastikuse kasu alusel,
- veendumuses, et uus kokkulepe kahepoolsete välismajandussuhete kohta loob soodsad eeldused ning soodsa aluse kahepoolsete välismajandussuhete edasiarendamiseks,
- lähtudes turumajanduse põhimõtetest
- kooskõlas mõlemas riigis kehtiva seadusandlusega,

on kokku leppinud järgnevas:

A r t i k k e l 1

Lepingupooled kohustuvad oma kehtiva seadusandluse raamides hõlbustama ja soodustama mõlema riigi ettevõtete, organisatsioonide, ühingute ja asutuste, järgnevalt nimetatud kui "ettevõtted", vahelisi kahepoolseid välismajandussidemeid.

A r t i k k e l 2

- (1) Eesti Vabariik ja Austria Vabariik käsitlevad teineteist enamsoodustuse põhimõttel tolli- ja muude maksude, samuti nende tolli- ja muude vormistamismenetluse suhtes, mida rakendatakse kaupade sisse- ja väljaveo puhul.
- (2) Lepingupooled on ühel nõul selles, et enamsoodustus ei kehti kontsessioonide, soodustuste või vabastuste kohta, mida üks lepingupooltest on andnud või annab:
 - a) naaberriikidele piirikaubanduse hõlbustamiseks,
 - b) riikidele, kes kuuluvad koos temaga juba olemasolevasse või tulevikus loodavasse tolliliitu või vaba- või eeliskaubandustsooni,
 - c) kolmandatele riikidele mitmepoolsete kokkulepete rakendamisel, millest teine lepingupool osa ei võta.

A r t i k k e l 3

- (1) Lepingupooled hakkavad oma võimaluste piires vastavalt antud riikides kehtivale seadusandlusele edendama majanduslikku, tööstuslikku, tehnilist ja teaduslik-tehnilist koostööd.
- (2) Lepingupooled on ühel nõul selles, et järgmistes valdkondades on olemas eriti sobivad koostöövõimalused:

- ühissettevõtete loomine ning otsesed investeeringud,
- tehnoloogiate ja oskusteabe vahetamine, rakenduslikud uurimused ja tööstusteenused,
- põllu- ja metsamajandus, põllu- ja metsamajandustehnika, põllumajandusmasinad ja -seadmed,
- põllumajandus- ja toiduainetetööstus; põllumajandustoodete töötlemine ja säilitamine,
- olemasolevate seadmete taastamine, moderniseerimine, ümberehitamine ja automatiseerimine, k.a. nende ümberprofileerimine endistes sõjatööstusele spetsialiseerunud ettevõtetes,
- tekstiilitööstus, k.a. õmblustööstus,
- metsatööstus ja puitu töötlev tööstus, paberi- ja tselluloositööstus,
- metallurgia ja metalli töötlev tööstus, koostöö metallurgiakombinaatide ja metallurgiatehnika alal,
- keemiatööstus, sealhulgas väetiste ja taimekaitsevahendite valmistamine; kemikaalide tootmine ja turustamine,
- mineraalsete toorainete otsimine, kaevandamine, töötlemine ning turustamine, sealhulgas koostöö kolmandate riikide turgudel,
- mäeasjandus,
- energiaallikate otsimine, saamine, töötlemine transport ja turustamine,
- elektri jaamade- ja kõrgepingeliinide võrgu väljaehitamine ja uuendamine, energiatarned,
- keskkonna-, loodus- ja maastikukaitse,
- ehitusmaterjalide tootmine,
- tervishoid, meditsiini- ja farmaatsiatööstus,
- finants- ja pangandusteenused,
- erialane väljaõpe ja juhtide koolitus,
- messide, näituste ja seminaride organiseerimine ja läbiviimine, majandusdelegatsioonide ja ekspertide vahetus.

(3) Kõikides koostöövaldkondades tuleb projektid ellu viia vastavalt keskkonnatehnoloogia kõige kõrgematele standarditele.



A r t i k k e l 4

Olles teadlikud majanduslikult otstarbekate ja ökoloogiliselt lubatavate infrastruktuuri süsteemide realiseerimise häda- vajalikkusest, pühendavad lepingupartnerid suurimat tähele- panu koostööle järgmistes valdkondades:

- energiamajandus,
- teedehitus,
- jäätmete töötlemine ja nende ära kasutamine,
- transport,
- raudteeliiklus,
- õhuliiklus,
- laevaliiklus,
- side ja telekommunikatsioonid,
- veemajandus.

A r t i k k e l 5

Lepingupooled on ühel nõul selles, et turism saab oluliselt kaasa aidata kahepoolsete välismajandussidemete süvendamisele.

- (1) Vastavalt riigis kehtivale seadusandlusele ning tuginedes ÜRO 1963. a. Rooma turismi ning rahvusvaheliste reiside alase konverentsi soovitustele, samuti 1985.a. Sofia "Turismihartale ja turistidekoodeksile" edendavad mõlemad lepingupooled turismi.
- (2) Turismiprojektide ning vastava infrastruktuuri väljaehitamise alane majanduslik, tööstuslik, tehniline, teaduslik-tehniline ja ametialane koostöö peab toimuma keskkonnakaitse ja kvalitatiivse turismi põhimõtete järgi.

A r t i k k e l 6

Eesti Vabariigi ja Austria Vabariigi vaheline arveldus toimub kooskõlas kummaski riigis parajasti kehtivate õigussätetega vabalt konverteeritavas valuutas.

A r t i k k e l 7

- (1) Käeoleva lepingu raamides toimuvat kaubavahetust ning majanduslikku, tööstuslikku, tehnilist ja teaduslik-tehnilist koostööd teostatakse kaubanduslikel alustel.
- (2) Mõlema riigi ettevõtete vaheline kaubandus toimub turuhindades.

A r t i k k e l 8

- (1) Lepingupooled alustavad konsultatsioone, kui lepingupoolte vahelises kaubanduses tuuakse mõnda kaupa sisse sellistes kogustes, selliste hindadega või sellistel tingimustel, et siseriiklikele sarnaste või otseselt konkureerivate kaupade tootjatele tekitatakse või ähvardatakse tekitada tõsist kahju.
- (2) Kui lepingupooled jõuavad konsultatsioonide käigus üksmeelsele otsusele, et tegemist on lõigus 1 nimetatud olukorraga, siis piiratakse eksporti või võetakse tarvitusele muud abinõud kahju ärahoidmiseks või kõrvaldamiseks.
- (3) Kui lepingupooled ei saavuta üksmeelt, siis võib konsultatsioone taotlenud lepingupool antud kaupade importi nii palju ja nii kaua piirata, kui on vajalik kahju ärahoidmiseks või kõrvaldamiseks. Teisel lepingupoolel on vastavalt õigus oma kohustustest esimese lepingupoole suhtes võrdväärse kaubandusliku mahu võrra kõrvale kalduda.

- (4) Juhul kui viivitus põhjustaks tõsist kahju, võib ajutised abinõud tarvitusele võtta ilma eelnevate konsultatsioonideta. Sellisel juhul teatab esialgsed abinõud tarvitusele võtnud lepingupool sellest viivitamatult kirjalikult teisele lepingupoolele. Seejärel tuleb koheselt alustada konsultatsioonidega.
- (5) Käesoleva artikliga kooskõlas olevate abinõude valikul eelistavad lepingupooled abinõusid, mis käesoleva lepingu edasikehtimist kõige vähem kitsendavad.

A r t i k k e l 9

Lepingupooled mõistavad väikeste ja keskmise suurusega ettevõtete suurema osavõtu kasulikkust ja vajalikkust kahepoolsetes välismajandussuhetes.

A r t i k k e l 10

- (1) Lepingupooled soovivad ettevõtetele vaidluste lahendamiseks üksmeelseid sõbralikke lahendusi.
- (2) Mõlemas riigis kehtiva seadusandluse raames ning tulenevalt lepingulistest kokkulepetest ettevõtete vahel soodustavad
- a) lepingupooled kaubandus- ja koostöötehingutega, samuti ühisettevõtete asutamisega ning lepingupoolte ettevõtete vaheliste otseinvesteeringutega seotud vaidlusküsimuste lahendamist vahekohtute kaudu,
- b) ÜRO rahvusvahelise kaubandusõiguse komisjoni (UNCITRAL) poolt väljatöötatud vahekohtureeglite kasutamist ning sellise riigi vahekohtu kaasamist, kes on alla kirjutanud 1958.a. New York'is sõlmitud välismaiste kohtuotsuste tunnustamise ja täideviimise kokkuleppele.

A r t i k k e l 1 1

Käesoleva lepingu lõppemine või muutmine ei mõjuta tema kehtimise ajal mõlema riigi ettevõtjate poolt endale võetud õiguslikke kohustusi.

A r t i k k e l 1 2

Lähtudes ühe või teise lepingupoole soovist, kutsutakse kas Eestis või Austrias kokku vastav "segakomisjon", kes uurib kahepoolseid välismajandussuhteid, toob välja nende edasiarenemisvõimalused ning teeb ettepanekuid käesoleva lepinguga seotud aktuaalsete küsimuste lahendamiseks.

A r t i k k e l 1 3

- (1) Ühe või mõlema lepingupoole osaledes Euroopa Majandusruumis (EMR) või liitudes Euroopa Ühendustega (EÜ) või mõne nendest lähtuva organisatsiooniga, ei ole lepingupoolel käesoleva lepinguga seotud sedavõrd, kui võrd ta on kokkusobitamatu uuest ühendusest tuleneva õigusliku seisundiga.
- (2) Sellisel juhul määravad lepingupoolel ühiselt ära käesoleva lepingu kehtima jäävad sätted.

A r t i k k e l 1 4

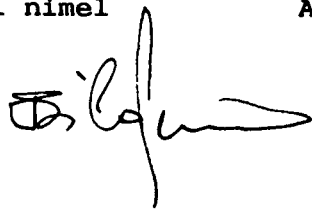
- (1) Käesolev leping sõlmitakse üheks aastaks ja see pikeneb taas ühe aasta võrra, kui ükski lepingupoolest pole kolm kuud enne selle kehtivuse tähtaja lõppemist diplomaatilisi kanaleid kaudu seda kirjalikult tühistanud.
- (2) Käesolev leping jõustub kolmanda kuu esimesel päeval, mis järgneb kuule, mil lepingupoolel teineteisele on teatanud, et nende vastavad siseriiklikud eeldused selle lepingu

jõustumiseks on täidetud.

- 3) Käesoleva lepingu jõustumisega kaotab "Kaubandusleping Eesti Vabariigi ja Austria Vabariigi vahel." 11. detsembrist 1928.a. kaasa arvatud "Lõpp-protokoll" oma kehtivuse.

Sõlmitud....*Kiin*.....*26.04.*.....19*93* kahes originaalis eesti ja saksa keeles, kusjuures mõlemad tekstid on vordselt autentsed.

Eeesti Vabariigi nimel



Austria Vabariigi nimel



Die Notifikationen gemäß Art. 14 Abs. 2 erfolgten am 6. August 1993 bzw. 1. September 1995; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 14 Abs. 2 mit 1. Dezember 1995 in Kraft.

Vranitzky

758.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages, dessen Art. 9 Abs. 1 und 2 und dessen Art. 3 Abs. 1 verfassungsändernd sind, wird genehmigt.

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN ÜBER DIE GEGENSEITIGE HILFELEISTUNG BEI KATASTROPHEN ODER SCHWEREN UNGLÜCKSFÄLLEN

Die Republik Österreich
und
das Fürstentum Liechtenstein,

überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand

(1) Dieses Abkommen regelt die Rahmenbedingungen für freiwillige Hilfeleistungen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen im anderen Vertragsstaat auf dessen Ersuchen hin, insbesondere für Einsätze von Mannschaften und Material.

(2) Hilfeleistungen im Rahmen der herkömmlichen grenzüberschreitenden Nachbarschaftshilfe bleiben unberührt.

Artikel 2

Definitionen

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

„Einsatzstaat“

denjenigen Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden den anderen Vertragsstaat um Hilfeleistung ersuchen;

„Entsendestaat“

denjenigen Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden einem Ersuchen des anderen Vertragsstaates um Hilfeleistung stattgeben;

„Hilfsmannschaften“ oder „Helfer“

Person(en), die der Entsendestaat zur Hilfeleistung bestimmt;

„Ausrüstungsgegenstände“

das Material und die Fahrzeuge für den Einsatz sowie die Güter für den Eigenbedarf und die persönliche Ausstattung der Hilfsmannschaften;

„Hilfsgüter“

Güter, die zur unentgeltlichen Abgabe an die betroffene Bevölkerung im Einsatzgebiet bestimmt sind.

Artikel 3

Zuständigkeiten

(1) Die für die Stellung und die Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständigen Behörden sind:

- auf der Seite der Republik Österreich:
der Bundesminister für Inneres und die Vorarlberger Landesregierung;
- auf der Seite des Fürstentums Liechtenstein:
die Regierung des Fürstentums Liechtenstein.

(2) Die im Absatz 1 genannten Behörden der beiden Vertragsstaaten sind ermächtigt, bei der Durchführung dieses Abkommens unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.

Artikel 4

Absprachen über Hilfeleistungen

Im Zuge des Hilfeersuchens werden Art und Umfang der Hilfeleistung zwischen den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörden abgesprochen, ohne auf Einzelheiten der Durchführung eingehen zu müssen.

Artikel 5

Art der Hilfeleistung

(1) Die Hilfe wird durch die Entsendung von Hilfsmannschaften, durch die Sendung von Hilfsgütern oder auf andere geeignete Weise erfolgen.

(2) Hilfsmannschaften können zur Bekämpfung von Bränden, nuklearen und chemischen Gefahren sowie von sonstigen Katastrophen und schweren Unglücksfällen, insbesondere für medizinische Hilfe, Rettung, Bergung oder behelfsmäßige Instandsetzung eingesetzt werden. Sie sollen nach Möglichkeit über die hierzu erforderliche Ausbildung und über das notwendige Material und Spezialgerät verfügen.

Artikel 6

Grenzübertritt und Aufenthalt

(1) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft sind vom Paßzwang und dem Erfordernis einer Aufenthaltsbewilligung oder eines Sichtvermerkes befreit. Es kann lediglich vom Leiter der Hilfsmannschaft ein seine Stellung bezeugender Ausweis verlangt werden.

(2) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Grenze auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen ohne Beachtung der sonst hierfür geltenden Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall sind die für die Grenzüberwachung zuständigen Organe bei erster Gelegenheit davon zu unterrichten.

(3) Sofern dies zur üblichen Ausrüstung zählt, sind die Hilfsmannschaften dazu berechtigt, auf dem Gebiet des Einsatzstaates Uniform zu tragen. Schußwaffen und Munition dürfen auf das Gebiet des Einsatzstaates nicht mitgeführt werden.

(4) Die Erleichterungen beim Grenzübertritt nach den Absätzen 1 und 2 gelten auch für Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall evakuiert werden müssen.

Artikel 7

Grenzübergang des Materials

(1) Die Vertragsstaaten erleichtern die Ein- und Ausfuhr der Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat den Grenzkontrollorganen des Einsatzstaates beim Grenzübertritt lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben. Erfolgt bei besonderer Dringlichkeit der Grenzübertritt außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen, ist dieses bei erster Gelegenheit einer zuständigen Zollstelle zu überreichen.

(2) Die Hilfsmannschaften dürfen außer Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern keine Waren mitführen.

(3) Auf Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr keine Anwendung. Hilfsgüter können in den Einsatzstaat abgabenfrei eingeführt werden, Ausrüstungsgegenstände gelten im Einsatzstaat ohne förmliches Verfahren und ohne Leistung einer Sicherstellung als zur vorübergehenden Benutzung zugelassen. Soweit Ausrüstungsgegenstände verbraucht werden, bleiben sie frei von allen Zöllen und sonstigen Eingangsabgaben; falls sie nicht verbraucht werden, sind sie wieder auszuführen. Werden Ausrüstungsgegenstände als Hilfsgüter zurückgelassen, so sind Art und Menge sowie der Verbleib der verantwortlichen Behörde des Einsatzstaates anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hievon benachrichtigt. In diesem Fall gilt das Recht des Einsatzstaates.

(4) Absatz 3 findet auch Anwendung auf die Einfuhr von Suchtgiften und psychotropen Substanzen in den Einsatzstaat und die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den Entsendestaat. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Übereinkommen betreffend Suchtgifte und psychotrope Substanzen. Suchtgifte und psychotrope Substanzen dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfes mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen des Vertragsstaates eingesetzt werden, dem die Hilfsmannschaft angehört.

Artikel 8

Einsätze mit Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können für alle Arten von Hilfeleistungen eingesetzt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, sein Hoheitsgebiet überfliegen und auch außerhalb von Zollflugplätzen und genehmigten Flugfeldern landen und abfliegen.

(3) Die Verwendung von Luftfahrzeugen bei einem Hilfseinsatz ist der ersuchenden Behörde unverzüglich mit möglichst genauen Angaben über Art und Kennzeichen des Luftfahrzeuges, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort mitzuteilen.

(4) Sinngemäß werden angewandt:

- a) Artikel 6 auf die Besatzungen und mitfliegenden Hilfsmannschaften;
- b) Artikel 7 auf die Luftfahrzeuge und sonstigen mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter.

(5) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die luftfahrtrechtlichen Verkehrsvorschriften jedes Vertragsstaates anwendbar, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln. Der jeweilige Flugplan hat einen Hinweis auf dieses Abkommen zu enthalten.

Artikel 9

Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den Behörden des Einsatzstaates.

(2) Aufträge an die Hilfsmannschaften des Entsendestaates werden ausschließlich an deren Leiter gerichtet.

(3) Die Behörden des Einsatzstaates leisten den Hilfsmannschaften des Entsendestaates Schutz und Hilfe.

Artikel 10

Einsatzkosten

(1) Der Entsendestaat hat gegenüber dem Einsatzstaat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten der Hilfeleistung. Dies gilt auch für Kosten, die durch Verbrauch, Beschädigung oder Verlust des Materials entstehen.

(2) Im Falle der gänzlichen oder teilweisen Wiedereinbringung der Kosten der durchgeführten Hilfsmaßnahmen gilt Absatz 1 nicht. Die Kosten des Entsendestaates werden vorrangig ersetzt.

(3) Kosten der Hilfeleistung durch natürliche und juristische Personen, die der Entsendestaat auf Ersuchen hin lediglich vermittelt, trägt der Einsatzstaat.

(4) Die Hilfsmannschaften des Entsendestaates werden während der Dauer des Einsatzes im Einsatzstaat auf dessen Kosten gepflegt und untergebracht sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall logistische einschließlich medizinischer Hilfe.

Artikel 11

Schadenersatz und Entschädigung

(1) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle ihm gegen den anderen Vertragsstaat oder dessen Helfer zustehenden Ansprüche auf den Ersatz von

- a) Vermögensschäden, die von einem Helfer des anderen Vertragsstaates im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages verursacht worden sind;
- b) Schäden, die auf einer Körperverletzung, einer Gesundheitsschädigung oder dem Tod eines Helfers im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages beruhen.

(2) Wird durch einen Helfer des Entsendestaates im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages im Gebiet des Einsatzstaates Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet der Einsatzstaat für den Schaden nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch eigene Helfer verursachten Schadens Anwendung finden. Ein Regreß des Einsatzstaates, der den Schaden ersetzt hat, gegen den Entsendestaat oder dessen Helfer besteht nicht.

(3) Die Behörden der Vertragsstaaten tauschen alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 12

Unterstützung und Wiederaufnahme von Evakuierten

(1) Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall als Evakuierte von einem Vertragsstaat in den anderen gelangt sind, erhalten dort bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmöglichkeit die notwendige soziale Unterstützung. Der Abgangsstaat erstattet die Kosten der Unterstützung und der Rückführung dieser Personen, sofern sie nicht Angehörige des anderen Vertragsstaates sind.

(2) Jeder Vertragsstaat nimmt Personen, die als Evakuierte von seinem Hoheitsgebiet auf dasjenige des anderen Vertragsstaates gelangt sind, wieder auf. Soweit es sich um Personen handelt, die nicht Angehörige des wiederaufnehmenden Vertragsstaates sind, bleiben sie dem gleichen ausländerrechtlichen Status wie vor dem Grenzübertritt unterstellt.

Artikel 13

Weitere Formen der Zusammenarbeit

(1) Die in Artikel 3 genannten Behörden arbeiten nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts zusammen, insbesondere

- a) zur Durchführung von Hilfeleistungen;
- b) zur Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, indem sie alle zweckdienlichen Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen und Tagungen, Forschungsprogramme, Fachkurse und Übungen von Hilfeinsätzen auf den Gebieten beider Vertragsstaaten vorsehen;
- c) zum Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die sich auf das Gebiet des anderen Vertragsstaates auswirken können; die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meßdaten.

(2) Für gemeinsame Übungen, bei denen Hilfsmannschaften des einen Vertragsstaates auf dem Gebiet des anderen zum Einsatz kommen, gelten die Bestimmungen dieses Abkommens sinngemäß.

Artikel 14

Fernmeldeverbindungen

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten treffen gemeinsam die erforderlichen Vorkehrungen, damit Fernmelde- und insbesondere Funkverbindungen zwischen den im Artikel 3 genannten Behörden, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der jeweiligen Einsatzleitung ermöglicht werden.

Artikel 15

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar durch die in Artikel 3 genannten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Wege bereinigt.

Artikel 16

Kündigung

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden; es tritt sechs Monate nach dem Zugang der Kündigung außer Kraft.

Artikel 17

Andere vertragliche Regelungen

Bestehende zweiseitige vertragliche Regelungen zwischen den Vertragsstaaten bleiben unberührt; mehrseitige Abkommen nur insofern, als dieses Abkommen keine andere Regelung vorsieht.

Artikel 18

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Vaduz ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Monat in Kraft, in dem die Vertragsstaaten die Ratifikationsurkunden ausgetauscht haben.

Geschehen zu Wien, am 23. September 1994 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Republik Österreich:

Herbert Grubmayr

Für das Fürstentum Liechtenstein:

Graf Mario von Ledebur-Wicheln

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 26. Oktober 1995 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 18 Abs. 2 mit 1. Jänner 1996 in Kraft.

Vranitzky

759.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Polen über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich

Die Republik Österreich und die Republik Polen, im folgenden Vertragsstaaten genannt,

- im Geiste der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten,
- in der Absicht, den Austausch auf dem Gebiet der Wissenschaften und die Zusammenarbeit im Hochschulbereich zu fördern,
- in dem Wunsche, den Studierenden beider Staaten die Fortführung des Studiums im jeweils anderen Vertragsstaat zu erleichtern,
- im Bewußtsein der in beiden Staaten im Bereich des Hochschulwesens bestehenden Gemeinsamkeiten,
- unter Berücksichtigung der von beiden Vertragsstaaten unterzeichneten Abkommen im Bereich der Gleichwertigkeiten,
- unter Bedachtnahme auf die in beiden Vertragsstaaten geltenden Zuständigkeitsregelungen im Hochschulbereich,

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeutet:

1. der Ausdruck „Hochschule“ alle Institutionen, denen von der Republik Österreich beziehungsweise von der Republik Polen rechtlich Hochschulcharakter zuerkannt wird oder die berechtigt sind, Doktorgrade zu verleihen. Die Hochschulen, auf die sich das Abkommen bezieht, sind in den Anlagen 1 und 2 aufgezählt. Die Ständige Expertenkommission gemäß Artikel 6 kann diese Anlagen einvernehmlich ändern;
2. der Ausdruck „akademischer Grad“ in Österreich die akademischen Grade, in Polen die Berufstitel und Doktorgrade, die von einer Hochschule als Abschluß eines ordentlichen Studiums verliehen werden;
3. der Ausdruck „Prüfung“ sowohl Abschlußprüfungen eines ordentlichen Studiums als auch Teilprüfungen oder Zwischenprüfungen innerhalb eines ordentlichen Studiums.

Artikel 2

(1) Auf Antrag des Studierenden werden einschlägige Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungen gegenseitig angerechnet und anerkannt. Nicht absolvierte Prüfungen, die nach den Studienvorschriften der aufnehmenden Hochschule verpflichtend vorgeschrieben sind, sind nachzuholen.

(2) Die Anrechnung von Studienzeiten sowie die Anerkennung von Studienleistungen und Prüfungen zwischen Hochschulen, die einander auf Grund ihrer Zielsetzungen oder auf Grund der Art und Or-

ganisation ihrer Studien nicht entsprechen, kann nur dann erfolgen, wenn vorher eine Anrechnung beziehungsweise Anerkennung durch eine solche Hochschule des Herkunftsstaates durchgeführt wurde, die einer Hochschule im Aufnahmestaat entspricht, an der das Studium fortgesetzt werden soll.

(3) Ob ein einschlägiges Studium vorliegt, wird von jener Hochschule beurteilt, an die der Antrag auf Anrechnung von Studienzeiten beziehungsweise auf Anerkennung von Studienleistungen und Prüfungen gerichtet worden ist.

Artikel 3

Akademische Grade berechtigen den Inhaber zu einem weiterführenden Studium oder Promotionsverfahren an den Hochschulen des jeweiligen anderen Vertragsstaates ohne Zusatz- oder Ergänzungsprüfungen, wenn und insoweit der Bewerber im Staate der Verleihung zu einem weiterführenden Studium oder Promotionsverfahren ohne Zusatz- oder Ergänzungsprüfungen unmittelbar berechtigt ist. Artikel 2 Absatz 3 ist sinngemäß anzuwenden.

Artikel 4

Der Inhaber eines akademischen Grades ist berechtigt, diesen im jeweils anderen Vertragsstaat in der Form zu führen, wie er im Staate der Verleihung auf Grund der entsprechenden rechtlichen Bestimmungen geführt werden darf. Mit dem Recht zur Führung des akademischen Grades sind unmittelbar keine Berufsrechte verbunden.

Artikel 5

(1) Die in der Republik Österreich beziehungsweise in der Republik Polen ausgestellten Reifezeugnisse oder sonstigen Zeugnisse über die Berechtigung zum Hochschulstudium vermitteln im jeweils anderen Vertragsstaat das Recht, die Zulassung zum Hochschulstudium zu beantragen.

(2) Die sonstigen in den beiden Vertragsstaaten geltenden allgemeinen und besonderen Regelungen über die Zulassung zum Studium werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 6

(1) Zur Beratung aller Fragen, die sich aus diesem Abkommen ergeben, wird eine Ständige Expertenkommission eingesetzt, die aus je drei von den beiden Vertragsstaaten zu nominierenden Mitgliedern besteht. Die Liste der Mitglieder wird dem jeweils anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg übermittelt.

(2) Die Ständige Expertenkommission arbeitet eine Vergleichstabelle der akademischen Grade aus, die eine Grundlage für die Anerkennung österreichischer und polnischer Studienabschlüsse bilden.

(3) Die Ständige Expertenkommission tritt auf Wunsch eines der beiden Vertragsstaaten zusammen. Der Tagungsort wird jeweils auf diplomatischem Weg vereinbart.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Monat in Kraft, in welchem die beiden Vertragsstaaten einander schriftlich auf diplomatischem Weg mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Erfordernisse für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Artikel 8

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen unter Einhaltung einer einjährigen Frist schriftlich kündigen.

Geschehen zu Wien, am 23. Jänner 1995, in zwei Urschriften in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Dr. Rudolf Scholten

Für die Republik Polen:

Aleksander Łuczak

Österreichische Hochschulen gemäß Art. 1 Z 1

Universitäten:

Universität Wien
Universität Graz
Universität Innsbruck
Universität Salzburg
Technische Universität Wien
Technische Universität Graz
Montanuniversität Leoben
Universität für Bodenkultur Wien
Veterinärmedizinische Universität Wien
Wirtschaftsuniversität Wien
Universität Linz
Universität Klagenfurt
Donau-Universität Krems

Hochschulen künstlerischer Richtung:

Akademie der bildenden Künste in Wien
Hochschule für angewandte Kunst in Wien
Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien
Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg
Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz
Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz

Fachhochschul-Studiengänge:

Verein Technikum Vorarlberg, Dornbirn
Wiener Neustädter Bildungs- und Forschungs Ges.m.b.H., Wiener Neustadt
Verein zur Errichtung und Führung einer wirtschaftlich-technischen Fachhochschule Burgenland, Eisenstadt
Trägerverein zur Vorbereitung und Errichtung von Fachhochschulen in Oberösterreich, Wels
Verein zur Förderung eines Fachhochschul-Studienganges Elektronik in Wien, Wien
Internationales Management Center Krems Ges.m.b.H., Krems
Wirtschaftskammer Wien, Hotel- und Tourismusschulen Modul, Wien

Polnische Hochschulen gemäß Art. 1 Z 1**WYKAZ
PAŃSTWOWYCH SZKÓŁ WYŻSZYCH W RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ****1. UNIWERSYTETY**

GDAŃSK	Uniwersytet Gdański
KATOWICE	Uniwersytet Śląski
KRAKÓW	Uniwersytet Jagielloński
LUBLIN	Katolicki Uniwersytet Lubelski
	Uniwersytet Marii Curie-Skłodowskiej
ŁÓDŹ	Uniwersytet Łódzki
POZNAŃ	Uniwersytet im. Adama Mickiewicza
SZCZECIN	Uniwersytet Szczeciński
TORUŃ	Uniwersytet Mikołaja Kopernika
WARSZAWA	Uniwersytet Warszawski
WROCLAW	Uniwersytet Wrocławski

2. WYŻSZE SZKOŁY PEDAGOGICZNE

BYDGOSZCZ	Wyższa Szkoła Pedagogiczna
CZĘSTOCHOWA	Wyższa Szkoła Pedagogiczna
KIELCE	Wyższa Szkoła Pedagogiczna im. Jana Kochanowskiego
KRAKÓW	Wyższa Szkoła Pedagogiczna im. Komisji Edukacji Narodowej
OLSZTYN	Wyższa Szkoła Pedagogiczna
OPOLE	Wyższa Szkoła Pedagogiczna im. Powstańców Śląskich w Opolu (z dniem 1 października 1994 r. – Uniwersytet Opolski)
RZESZÓW	Wyższa Szkoła Pedagogiczna
SŁUPSK	Wyższa Szkoła Pedagogiczna
WARSZAWA	Wyższa Szkoła Pedagogiki Specjalnej im. Marii Grzegorzewskiej
ZIELONA GÓRA	Wyższa Szkoła Pedagogiczna im. Tadeusza Kotarbińskiego

3. AKADEMIE EKONOMICZNE

KATOWICE	Akademia Ekonomiczna im. Karola Adamieckiego
KRAKÓW	Akademia Ekonomiczna
POZNAŃ	Akademia Ekonomiczna
WARSZAWA	Szkoła Główna Handlowa
WROCLAW	Akademia Ekonomiczna im. Oskara Langego

4. POLITECHNIKI I WYŻSZE SZKOŁY INŻYNIERSKIE

BIAŁYSTOK	Politechnika Białostocka
CZĘSTOCHOWA	Politechnika Częstochowska
GDAŃSK	Politechnika Gdańska
GLIWICE	Politechnika Śląska
KIELCE	Politechnika Świętokrzyska
KOSZALIN	Wyższa Szkoła Inżynierska
KRAKÓW	Akademia Górniczo-Hutnicza im. Stanisława Staszica
	Politechnika Krakowska im. Tadeusza Kościuszki
ŁÓDŹ	Politechnika Łódzka
LUBLIN	Politechnika Lubelska
OPOLE	Wyższa Szkoła Inżynierska
POZNAŃ	Politechnika Poznańska
RADOM	Wyższa Szkoła Inżynierska im. Kazimierza Pułaskiego
RZESZÓW	Politechnika Rzeszowska im. Ignacego Łukasiewicza
SZCZECIN	Politechnika Szczecińska
WARSZAWA	Politechnika Warszawska

WROCLAW Politechnika Wroclawska
 ZIELONA GORA Wyzsza Szkoła Inzynierska

5. WYKSZE SZKOŁY ROLNICZE

BYDGOSZCZ Akademia Techniczno-Rolnicza im. J. J. Śniadeckich
 KRAKÓW Akademia Rolnicza im. Hugona Kołtataja
 LUBLIN Akademia Rolnicza w Lublinie
 OLSZTYN Akademia Rolniczo-Techniczna im. Michała Oczapowskiego
 POZNAŃ Akademia Rolnicza
 SIEDLCE Wyzsza Szkoła Rolniczo-Pedagogiczna
 SZCZECIN Akademia Rolnicza
 WARSZAWA Szkoła Główna Gospodarstwa Wiejskiego
 WROCLAW Akademia Rolnicza

6. WYKSZE SZKOŁY TEOLOGICZNE

WARSZAWA Akademia Teologii Katolickiej
 WARSZAWA Chrześcijańska Akademia Teologiczna

7. WYKSZE SZKOŁY MEDYCZNE

BIAŁYSTOK Akademia Medyczna w Białymstoku
 BYDGOSZCZ Akademia Medyczna im. Ludwika Rydygiera
 GDAŃSK Akademia Medyczna
 KATOWICE Śląska Akademia Medyczna
 KRAKÓW Akademia Medyczna im. Mikołaja Kopernika (od 1993 r. włączona do Uniwersytetu Jagiellońskiego)
 ŁÓDŹ Akademia Medyczna
 LUBLIN Akademia Medyczna
 POZNAŃ Akademia Medyczna im. Karola Marcinkowskiego
 SZCZECIN Pomorska Akademia Medyczna
 WARSZAWA Akademia Medyczna
 WROCLAW Akademia Medyczna im. Piastów Śląskich

8. WYKSZE SZKOŁY MUZYCZNE

BYDGOSZCZ Akademia Muzyczna im. Feliksa Nowowiejskiego
 GDAŃSK Akademia Muzyczna im. Stanisława Moniuszki
 KATOWICE Akademia Muzyczna im. Karola Szymanowskiego
 KRAKÓW Akademia Muzyczna
 ŁÓDŹ Akademia Muzyczna
 POZNAŃ Akademia Muzyczna im. Ignacego Jana Paderewskiego
 WARSZAWA Akademia Muzyczna im. Fryderyka Chopina
 WROCLAW Akademia Muzyczna im. Karola Lipińskiego

9. WYKSZE SZKOŁY SZTUK PLASTYCZNYCH

GDAŃSK Państwowa Wyzsza Szkoła Sztuk Plastycznych
 KRAKÓW Akademia Sztuk Pięknych im. Jana Matejki
 ŁÓDŹ Państwowa Wyzsza Szkoła Sztuk Plastycznych im. Władysława Strzemińskiego
 POZNAŃ Państwowa Wyzsza Szkoła Sztuk Plastycznych
 WARSZAWA Akademia Sztuk Pięknych
 WROCLAW Państwowa Wyzsza Szkoła Sztuk Plastycznych

10. WYKSZE SZKOŁY TEATRALNE I FILMOWE

KRAKÓW Państwowa Wyzsza Szkoła Teatralna im. Ludwika Solskiego
 ŁÓDŹ Państwowa Wyzsza Szkoła Filmowa Telewizyjna i Teatralna im. Leona Schillera
 WARSZAWA Państwowa Wyzsza Szkoła Teatralna im. Aleksandra Zelwerowicza

11. WYKSZE SZKOŁY MORSKIE

GDYNIA Wyksza Szkoła Morska
 SZCZECIN Wyksza Szkoła Morska

12. WYKSZE SZKOŁY WYCHOWANIA FIZYCZNEGO

GDANŃSK-OLIWA Akademia Wychowania Fizycznego im. J. Śniadeckiego
 KATOWICE Akademia Wychowania Fizycznego
 KRAKÓW Akademia Wychowania Fizycznego im. Bronisława Czecha
 POZNAŃ Akademia Wychowania Fizycznego im. Eugeniusza Piaseckiego
 WARSZAWA Akademia Wychowania Fizycznego im. Józefa Piłsudskiego
 WROCLAW Akademia Wychowania Fizycznego

13. WYKSZE SZKOŁY PAPIESKIE

POZNAŃ Papieski Wydział Teologiczny
 KRAKÓW Papieska Akademia Teologiczna
 KRAKÓW Wydział Filozoficzny Towarzystwa Jezusowego w Krakowie
 WARSZAWA Papieski Wydział Teologiczny
 WROCLAW Papieski Wydział Teologiczny

WYKAZ**INSTYTUTÓW BADAWCZYCH POSIADAJĄCYCH UPRAWNIENIA DO NADAWANIA STOPNI NAUKOWYCH****I. PLACÓWKI NAUKOWE POLSKIEJ AKADEMII NAUK**

WARSZAWA Centrum Astronomiczne im. M. Kopernika
 Centrum Badań Przedsiębiorczości i Zarządzania
 Instytut Archeologii i Etnologii
 Instytut Badań Literackich
 Instytut Badań Systemowych
 Instytut Biochemii i Biofizyki
 Instytut Biocybernetyki i Inżynierii Biomedycznej
 Instytut Biologii Doświadczalnej im. M. Nenckiego
 Instytut Chemii Fizycznej
 Instytut Chemii Organicznej
 Instytut Filozofii i Socjologii
 Instytut Fizjologii i Żywienia Zwierząt
 Instytut Fizyki
 Instytut Geofizyki
 Instytut Geografii i Przestrzennego Zagospodarowania
 Instytut Historii
 Instytut Historii Nauki, Oświaty i Techniki
 Instytut Matematyczny
 Instytut Nauk Ekonomicznych
 Instytut Nauk Geologicznych
 Instytut Nauk Prawnych
 Instytut Paleobiologii im. R. Kozłowskiego
 Instytut Parazytologii im. W. Stefańskiego
 Instytut Podstaw Informatyki
 Instytut Podstawowych Problemów Techniki
 Instytut Psychologii
 Instytut Rozwoju Wsi i Rolnictwa
 Instytut Sławistyki
 Instytut Sztuki
 Instytut-Centrum Medycyny Doświadczalnej i Klinicznej
 Muzeum i Instytut Zoologii

DZIEKANÓW	Instytut Ekologii
LEŚNY	Instytut Budownictwa Wodnego
GDAŃSK	Instytut Maszyn Przepływowych
GLIWICE	Instytut Inżynierii Chemicznej
JASTRZĘBIEC	Instytut Genetyki i Hodowli Zwierząt
KRAKÓW	Instytut Botaniki im. Wł. Szafera
	Instytut Farmakologii
	Instytut Języka Polskiego
	Instytut Katalizy i Fizykochemii Powierzchni
	Instytut Mechaniki Górotworu
	Instytut Metalurgii i Inżynierii Materiałowej im. A. Krupkowskiego
	Instytut Systematyki i Ewolucji
LUBLIN	Instytut Agrofizyki
ŁÓDŹ	Centrum Badań Molekularnych i Makromolekularnych
POZNAŃ	Instytut Chemii Bioorganicznej
	Instytut Genetyki Roślin
	Instytut Fizyki Molekularnej
KÓRNIK	Instytut Dendrologii
SOPOT	Instytut Oceanologii
WROCŁAW	Instytut Immunologii i Terapii Doświadczalnej im. L. Hirszfelda
	Instytut Niskich Temperatur i Badań Strukturalnych
ZABRZE	Instytut Podstaw Inżynierii Środowiska

2. RESORTOWE INSTYTUTY NAUKOWO-BADAWCZE

WARSZAWA	Centrum Onkologii – Instytut im. M. Curie-Skłodowskiej
	Instytut Administracji i Zarządzania
	Instytut Badawczy Leśnictwa
	Instytut Badań Edukacyjnych
	Instytut Budownictwa, Mechanizacji i Elektryfikacji Rolnictwa
	Instytut Chemii i Techniki Jądrowej
	Instytut Chemii Przemysłowej im. I. Mościckiego
	Instytut Ekonomiki Rolnictwa i Gospodarki Żywnościowej
	Instytut Elektrotechniki
	Instytut Energetyki
	Instytut Finansów
	Instytut Geodezji i Kartografii
	Instytut Gospodarki Przestrzennej i Komunalnej
	Instytut Gruźlicy i Chorób Płuc
	Instytut Hematologii i Transfuzjologii
	Instytut Kardiologii im. S. Wyszyńskiego
	Instytut Konjunktur i Cen Handlu Zagranicznego
	Instytut Leków
	Instytut Matki i Dziecka
	Instytut Mechanizacji Budownictwa i Górnictwa Skalnego
	Instytut Mechaniki Precyzyjnej
	Instytut Meteorologii i Gospodarki Wodnej
	Instytut Mleczarstwa
	Instytut Ochrony Środowiska
	Instytut Gospodarki Mieszkaniowej
	Instytut Organizacji i Zarządzania w Przemysle „ORGMAZ”
	Instytut Pracy i Spraw Socjalnych
	Instytut Psychiatrii i Neurologii
	Instytut Reumatologiczny
	Instytut Rozwoju i Studiów Strategicznych
	Instytut Techniki Bodowlanej
	Instytut Technologii Elektronowej
	Instytut Technologii Materiałów Elektronicznych

	Instytut Łączności
	Państwowy Instytut Geologiczny
	Państwowy Zakład Higieny
	Departament Studiów i Planowania – Polski Instytut Spraw Międzynarodowych
	Specjalistyczny Zespół Opieki Zdrowotnej – Pomnik Centrum Zdrowia Dziecka
BONIN	Instytut Ziemiaka
FALENTY	Instytut Melioracji i Użytków Zielonych
GDYNIA	Instytut Medycyny Morskiej i Tropikalnej
GLIWICE	Instytut Metali Nieżelaznych
	Instytut Metalurgii Żelaza im. S. Staszica
KATOWICE	Główny Instytut Górnictwa
KRAKÓW	Instytut Fizyki Jądrowej im. H. Niewodniczańskiego
	Instytut Górnictwa Naftowego i Gazownictwa
	Instytut Odlewnictwa
	Instytut Zootechniki
LUBLIN	Instytut Medycyny Wsi im. W. Chodźki
ŁÓDŹ	Instytut Medycyny Pracy im. J. Nofera
OLSZTYN	Instytut Rybactwa Śródlądowego
OTWOCKŚWIERK	Instytut Energii Atomowej
POZNAŃ	Instytut Ochrony Roślin
	Instytut Technologii Drewna
	Instytut Zachodni im. Z. Wojciechowskiego
PUŁAWY	Instytut Uprawy, Nawożenia i Gleboznawstwa
	Instytut Weterynarii
RADZIKÓW	Instytut Hodowli i Aklimatyzacji Roślin
SKIERNIEWICE	Instytut Sadownictwa i Kwiaciarnictwa
	Instytut Warzywnictwa
SOSNOWIEC	Instytut Medycyny Pracy i Zdrowia Środowiskowego

Umowa między Rządem Republiki Austrii a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o ekwiwalencji w szkolnictwie wyższym

Rząd Republiki Austrii, Rząd Rzeczypospolitej Polskiej zwane dalej Umawiającymi się Stronami

- w duchu przyjaźni charakteryzującej stosunki między obydwojoma Państwami,
- mając na celu wspieranie wymiany naukowej i współpracy w zakresie szkolnictwa wyższego,
- wyrażając wolę ułatwienia studentom obu Państw kontynuacji studiów w uczelniach Drugiej Strony,
- świadome wspólnych cech systemów szkolnictwa wyższego Obu Państw,
- uwzględniając umowy o równoważności, podpisane przez Obie Umawiające się Strony,
- mając na uwadze obowiązujący Obie Umawiające się Strony wewnętrzpaństwowy podział kompetencji w zakresie szkolnictwa wyższego,

uzgodniły, co następuje:

Artykuł 1

W umowie:

1. wyrażenie „wyższa uczelnia“ odnosi się do wszystkich jednostek, które w Republice Austrii i w Rzeczypospolitej Polskiej mają zgodnie z prawem charakter wyższej uczelni lub uprawnione są do nadawania stopnia naukowego doktora. W załącznikach 1 i 2 wymienione zostały jednostki objęte niniejszą Umową. Działająca na podstawie artykułu 6 Stała Komisja Ekspertów może te wykazy zmienić za obopólną zgodą;
2. wyrażenie „stopień naukowy“ dotyczy w przypadku Austrii każdego stopnia naukowego, a w przypadku Polski każdego tytułu zawodowego lub stopnia naukowego doktora, nadanego w wyższej uczelni;
3. termin „egzamin“ dotyczy zarówno egzaminów składanych na zakończenie studiów, jak również egzaminów cząstkowych lub pośrednich, organizowanych w okresie trwania studiów.

Artykuł 2

(1) Na wniosek studenta będą zaliczane i uznawane przez obie Strony odpowiednie okresy studiów oraz dotychczasowe osiągnięcia i zdane egzaminy. Egzaminy nie złożone przez studenta, a wymagane regulaminowo na wyższej uczelni, w której będzie on kontynuować studia, powinny być uzupełnione.

(2) Wyższe uczelnie o nierównoważnych celach kształcenia oraz odmiennym rodzaju i organizacji trybu studiów mogą wzajemnie honorować okresy studiów i uznawać dotychczasowe osiągnięcia studenta oraz złożone przez niego egzaminy jedynie po wcześniejszym zaliczeniu lub uznaniu dotychczasowego dorobku studenta przez właściwą wyższą uczelnię Strony, w której studia zostały rozpoczęte, odpowiadającą swym charakterem uczelni Strony, w której studia będą kontynuowane.

(3) Porównania odpowiednich studiów dokonuje wyższa uczelnia, do której skierowany został wniosek o zaliczenie okresu studiów, dotychczasowych osiągnięć oraz zdanych egzaminów.

Artykuł 3

Nadane stopnie naukowe upoważniają daną osobę do kontynuowania studiów oraz otwarcia przewodu doktorskiego na wyższej uczelni Drugiej Strony bez konieczności zdawania dodatkowych czy uzupełniających egzaminów, o ile w kraju nadania stopnia naukowego kandydatowi przysługuje z tej racji prawo do kontynuowania studiów lub otwarcia przewodu doktorskiego, bez składania dodatkowych lub uzupełniających egzaminów. W tych przypadkach stosuje się odpowiednio postanowienia art. 2 ust. 3.

Artykuł 4

Osoba posiadająca stopień naukowy jest upoważniona do używania go w takiej formie, jaka na mocy odpowiednich przepisów obowiązuje w kraju nadania stopnia. Z prawem do używania stopnia naukowego nie jest bezpośrednio związane prawo do wykonywania zawodu.

Artykuł 5

(1) Świadectwa dojrzałości oraz inne świadectwa wystawione w Republice Austrii lub Rzeczypospolitej Polskiej upoważniają do ubiegania się o przyjęcia na studia w Republice Austrii lub w Rzeczypospolitej Polskiej stanowią dla Drugiej Strony podstawę ubiegania się o przyjęcie na studia.

(2) Pozostałe obowiązujące w każdej z Umawiających się Stron ogólne oraz szczegółowe zasady regulujące tryb dopuszczania kandydatów do podjęcia studiów nie zostają naruszone niniejszą Umową.

Artykuł 6

(1) Wszystkie sprawy wynikające z faktu podpisania niniejszej Umowy będą dyskutowane przez specjalnie powołaną Stałą Komisję Ekspertów, w skład której wejdzie po trzech członków wytypowanych przez każdą z Umawiających się Stron. Lista członków zostanie przekazana Drugiej Stronie na drodze dyplomatycznej.

(2) Stała Komisja Ekspertów opracuje tabelę porównawczą stopni naukowych, która będzie podstawą uznania bądź zaliczenia ukończenia studiów austriackich bądź polskich.

(3) Stała Komisja Ekspertów będzie się zbierała na życzenie jednej ze Stron. Miejsce spotkania zostanie każdorazowo ustalone na drodze dyplomatycznej.

Artykuł 7

Niniejsza Umowa wejdzie w życie w pierwszym dniu trzeciego miesiąca, który nastąpi po miesiącu, w którym obie Umawiające się Strony nawzajem poinformują się pisemnie, drogą dyplomatyczną, że zostały spełnione niezbędne wewnętrzpaństwowe warunki dla wejścia w życie niniejszej Umowy.

Artykuł 8

Niniejsza umowa zawarta jest na czas nieokreślony. Może ona być wypowiedziana przez każdą z Umawiających się Stron w drodze pisemnego powiadomienia Drugiej Strony. W takim wypadku utraci moc po upływie roku od dnia wypowiedzenia.

Sporządzono w Wiedniu dnia 23. 1. 1995 w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwie teksty mają jednakową moc.

Na dowód czego niżej podpisani, należycie upoważnieni przez swe Rządy, podpisali niniejszą Umowę.

Z upoważnienia Rządu Republiki Austrii
prof. dr Aleksander Łuczak

Z upoważnienia Rządu Rzeczypospolitej Polskiej
Dr. Rudolf Scholten

**WYKAZ
SZKÓŁ WYSZYCH W REPUBLICIE AUSTRII**

Uniwersytety

Universität Wien
Universität Graz
Universität Innsbruck
Universität Salzburg
Technische Universität Wien
Technische Universität Graz
Montanuniversität Leoben
Universität für Bodenkultur Wien
Veterinärmedizinische Universität Wien
Wirtschaftsuniversität Wien
Universität Linz
Universität Klagenfurt
Donau-Universität Krems

Wyższe szkoły o kierunkach artystycznych

Akademie der bildenden Künste in Wien
Hochschule für angewandte Kunst in Wien
Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien
Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg
Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz
Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz

Wyższe szkoły zawodowe – tok studiów

Verein Technikum Vorarlberg, Dornbirn
Wiener Neustädter Bildungs- und Forschungs Ges. m. b. H., Wiener Neustadt
Verein zur Errichtung und Führung einer wirtschaftlich-technischen Fachhochschule Burgenland, Eisenstadt
Trägerverein zur Vorbereitung und Errichtung von Fachhochschulen in Oberösterreich, Wels
Verein zur Förderung eines Fachhochschul-Studienganges Elektronik in Wien, Wien
Internationales Management Center Krems Ges.m.b.H., Krems
Wirtschaftskammer Wien, Hotel- und Tourismusschulen Modul, Wien

**WYKAZ
PAŃSTWOWYCH SZKÓŁ WYSZYCH W RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ**

1. UNIWERSYTETY

GDAŃSK	Uniwersytet Gdański
KATOWICE	Uniwersytet Śląski
KRAKÓW	Uniwersytet Jagielloński
LUBLIN	Katolicki Uniwersytet Lubelski Uniwersytet Marii Curie-Skłodowskiej
ŁÓDŹ	Uniwersytet Łódzki
POZNAŃ	Uniwersytet im. Adama Mickiewicza
SZCZECIN	Uniwersytet Szczeciński
TORUŃ	Uniwersytet Mikołaja Kopernika
WARSZAWA	Uniwersytet Warszawski
WROCŁAW	Uniwersytet Wrocławski

2. WYKSZE SZKOŁY PEDAGOGICZNE

BYDGOSZCZ	Wyższa Szkoła Pedagogiczna
CZĘSTOCHOWA	Wyższa Szkoła Pedagogiczna
KIELCE	Wyższa Szkoła Pedagogiczna im. Jana Kochanowskiego
KRAKÓW	Wyższa Szkoła Pedagogiczna im. Komisji Edukacji Narodowej
OLSZTYN	Wyższa Szkoła Pedagogiczna
OPOLE	Wyższa Szkoła Pedagogiczna im. Powstańców Śląskich w Opolu (z dniem 1 października 1994 r. – Uniwersytet Opolski)
RZESZÓW	Wyższa Szkoła Pedagogiczna
SŁUPSK	Wyższa Szkoła Pedagogiczna
WARSZAWA	Wyższa Szkoła Pedagogiki Specjalnej im. Marii Grzegorzewskiej
ZIELONA GÓRA	Wyższa Szkoła Pedagogiczna im. Tadeusza Kotarbińskiego

3. AKADEMIE EKONOMICZNE

KATOWICE	Akademia Ekonomiczna im. Karola Adamickiego
KRAKÓW	Akademia Ekonomiczna
POZNAŃ	Akademia Ekonomiczna
WARSZAWA	Szkoła Główna Handlowa
WROCŁAW	Akademia Ekonomiczna im. Oskara Langego

4. POLITECHNIKI I WYKSZE SZKOŁY INŻYNIERSKIE

BIAŁYSTOK	Politechnika Białostocka
CZĘSTOCHOWA	Politechnika Częstochowska
GDAŃSK	Politechnika Gdańska
GLIWICE	Politechnika Śląska
KIELCE	Politechnika Świętokrzyska
KOSZALIN	Wyższa Szkoła Inżynierska
KRAKÓW	Akademia Górniczo-Hutnicza im. Stanisława Staszica Politechnika Krakowska im. Tadeusza Kościuszki
ŁÓDŹ	Politechnika Łódzka
LUBLIN	Politechnika Lubelska
OPOLE	Wyższa Szkoła Inżynierska
POZNAŃ	Politechnika Poznańska
RADOM	Wyższa Szkoła Inżynierska im. Kazimierza Pułaskiego
RZESZÓW	Politechnika Rzeszowska im. Ignacego Łukasiewicza
SZCZECIN	Politechnika Szczecińska
WARSZAWA	Politechnika Warszawska
WROCŁAW	Politechnika Wrocławska
ZIELONA GÓRA	Wyższa Szkoła Inżynierska

5. WYKSZE SZKOŁY ROLNICZE

BYDGOSZCZ	Akademia Techniczno-Rolnicza im. J. J. Śniadeckich
KRAKÓW	Akademia Rolnicza im. Hugona Kołtataja
LUBLIN	Akademia Rolnicza w Lublinie
OLSZTYN	Akademia Rolniczo-Techniczna im. Michała Oczapowskiego
POZNAŃ	Akademia Rolnicza
SIEDLCE	Wyższa Szkoła Rolniczo-Pedagogiczna
SZCZECIN	Akademia Rolnicza
WARSZAWA	Szkoła Główna Gospodarstwa Wiejskiego
WROCLAW	Akademia Rolnicza

6. WYKSZE SZKOŁY TEOLOGICZNE

WARSZAWA	Akademia Teologii Katolickiej
WARSZAWA	Chrześcijańska Akademia Teologiczna

7. WYKSZE SZKOŁY MEDYCZNE

BIAŁYSTOK	Akademia Medyczna w Białymstoku
BYDGOSZCZ	Akademia Medyczna im. Ludwika Rydygiera
GDAŃSK	Akademia Medyczna
KATOWICE	Śląska Akademia Medyczna
KRAKÓW	Akademia Medyczna im. Mikołaja Kopernika (od 1993 r. włączona do Uniwersytetu Jagiellońskiego)
ŁÓDŹ	Akademia Medyczna
LUBLIN	Akademia Medyczna
POZNAŃ	Akademia Medyczna im. Karola Marcinkowskiego
SZCZECIN	Pomorska Akademia Medyczna
WARSZAWA	Akademia Medyczna
WROCLAW	Akademia Medyczna im. Piastów Śląskich

8. WYKSZE SZKOŁY MUZYCZNE

BYDGOSZCZ	Akademia Muzyczna im. Feliksa Nowowiejskiego
GDAŃSK	Akademia Muzyczna im. Stanisława Moniuszki
KATOWICE	Akademia Muzyczna im. Karola Szymanowskiego
KRAKÓW	Akademia Muzyczna
ŁÓDŹ	Akademia Muzyczna
POZNAŃ	Akademia Muzyczna im. Ignacego Jana Paderewskiego
WARSZAWA	Akademia Muzyczna im. Fryderyka Chopina
WROCLAW	Akademia Muzyczna im. Karola Lipińskiego

9. WYKSZE SZKOŁY SZTUK PLASTYCZNYCH

GDAŃSK	Państwowa Wyższa Szkoła Sztuk Plastycznych
KRAKÓW	Akademia Sztuk Pięknych im. Jana Matejki
ŁÓDŹ	Państwowa Wyższa Szkoła Sztuk Plastycznych im. Władysława Strzemińskiego
POZNAŃ	Państwowa Wyższa Szkoła Sztuk Plastycznych
WARSZAWA	Akademia Sztuk Pięknych
WROCLAW	Państwowa Wyższa Szkoła Sztuk Plastycznych

10. WYKSZE SZKOŁY TEATRALNE I FILMOWE

KRAKÓW	Państwowa Wyższa Szkoła Teatralna im. Ludwika Solskiego
ŁÓDŹ	Państwowa Wyższa Szkoła Filmowa Telewizyjna i Teatralna im. Leona Schillera
WARSZAWA	Państwowa Wyższa Szkoła Teatralna im. Aleksandra Zelwerowicza

11. WYKSZE SZKOŁY MORSKIE

GDYNIA	Wyższa Szkoła Morska
SZCZECIN	Wyższa Szkoła Morska

12. WYKSZE SZKOŁY WYCHOWANIA FIZYCZNEGO

GDAŃSK-OLIWA	Akademia Wychowania Fizycznego im. J. Śniadeckiego
KATOWICE	Akademia Wychowania Fizycznego
KRAKÓW	Akademia Wychowania Fizycznego im. Bronisława Czecha
POZNAŃ	Akademia Wychowania Fizycznego im. Eugeniusza Piaseckiego
WARSZAWA	Akademia Wychowania Fizycznego im. Józefa Piłsudskiego
WROCLAW	Akademia Wychowania Fizycznego

13. WYKSZE SZKOŁY PAPIESKIE

POZNAŃ	Papieski Wydział Teologiczny
KRAKÓW	Papieska Akademia Teologiczna
KRAKÓW	Wydział Filozoficzny Towarzystwa Jezusowego w Krakowie
WARSZAWA	Papieski Wydział Teologiczny
WROCLAW	Papieski Wydział Teologiczny

WYKAZ**INSTYTUTÓW BADAWCZYCH POSIADAJĄCYCH UPRAWNIENIA DO NADAWANIA STOPNI NAUKOWYCH****1. PLACÓWKI NAUKOWE POLSKIEJ AKADEMII NAUK**

WARSZAWA	Centrum Astronomiczne im. M. Kopernika	
	Centrum Badań Przedsiębiorczości i Zarządzania	
	Instytut Archeologii i Etnologii	
	Instytut Badań Literackich	
	Instytut Badań Systemowych	
	Instytut Biochemii i Biofizyki	
	Instytut Biocybernetyki i Inżynierii Biomedycznej	
	Instytut Biologii Doświadczalnej im. M. Nenckiego	
	Instytut Chemii Fizycznej	
	Instytut Chemii Organicznej	
	Instytut Filozofii i Socjologii	
	Instytut Fizjologii i Żywienia Zwierząt	
	Instytut Fizyki	
	Instytut Geofizyki	
	Instytut Geografii i Przestrzennego Zagospodarowania	
	Instytut Historii	
	Instytut Historii Nauki, Oświaty i Techniki	
	Instytut Matematyczny	
	Instytut Nauk Ekonomicznych	
	Instytut Nauk Geologicznych	
	Instytut Nauk Prawnych	
	Instytut Paleobiologii im. R. Kozłowskiego	
	Instytut Parazytologii im. W. Stefańskiego	
	Instytut Podstaw Informatyki	
	Instytut Podstawowych Problemów Techniki	
	Instytut Psychologii	
	Instytut Rozwoju Wsi i Rolnictwa	
	Instytut Sławistyki	
	Instytut Sztuki	
	Instytut-Centrum Medycyny Doświadczalnej i Klinicznej	
	Muzeum i Instytut Zoologii	
	DZIEKANÓW	
	LEŚNY	Instytut Ekologii
GDAŃSK	Instytut Budownictwa Wodnego	
	Instytut Maszyn Przepływowych	
GLIWICE	Instytut Inżynierii Chemicznej	
JASTRZĘBIEC	Instytut Genetyki i Hodowli Zwierząt	

KRAKÓW	Instytut Botaniki im. Wł. Szafera Instytut Farmakologii Instytut Języka Polskiego Instytut Katalizy i Fizykochemii Powierzchni Instytut Mechaniki Górotworu Instytut Metalurgii i Inżynierii Materiałowej im. A. Krupkowskiego Instytut Systematyki i Ewolucji
LUBLIN	Instytut Agrofizyki
ŁÓDŹ	Centrum Badań Molekularnych i Makromolekularnych
POZNAŃ	Instytut Chemii Bioorganicznej Instytut Genetyki Roślin Instytut Fizyki Molekularnej
KÓRNIK	Instytut Dendrologii
SOPOT	Instytut Oceanologii
WROCLAW	Instytut Immunologii i Terapii Doświadczalnej im. L. Hirszfelda Instytut Niskich Temperatur i Badań Strukturalnych
ZABRZE	Instytut Podstaw Inżynierii Środowiska

2. RESORTOWE INSTYTUTY NAUKOWO-BADAWCZE

WARSZAWA	Centrum Onkologii – Instytut im. M. Curie-Skłodowskiej Instytut Administracji i Zarządzania Instytut Badawczy Leśnictwa Instytut Badań Edukacyjnych Instytut Budownictwa, Mechanizacji i Elektryfikacji Rolnictwa Instytut Chemii i Techniki Jądrowej Instytut Chemii Przemysłowej im. I. Mościckiego Instytut Ekonomiki Rolnictwa i Gospodarki Żywnościowej Instytut Elektrotechniki Instytut Energetyki Instytut Finansów Instytut Geodezji i Kartografii Instytut Gospodarki Przestrzennej i Komunalnej Instytut Gruźlicy i Chorób Płuc Instytut Hematologii i Transfuzjologii Instytut Kardiologii im. S. Wyszyńskiego Instytut Koniunktur i Cen Handlu Zagranicznego Instytut Leków Instytut Matki i Dziecka Instytut Mechanizacji Budownictwa i Górnictwa Skalnego Instytut Mechaniki Precyzyjnej Instytut Meteorologii i Gospodarki Wodnej Instytut Mleczarstwa Instytut Ochrony Środowiska Instytut Gospodarki Mieszkaniowej Instytut Organizacji i Zarządzania w Przemysle „ORGMASZ” Instytut Pracy i Spraw Socjalnych Instytut Psychiatrii i Neurologii Instytut Reumatologiczny Instytut Rozwoju i Studiów Strategicznych Instytut Techniki Bodowlanej Instytut Technologii Elektronowej Instytut Technologii Materiałów Elektronicznych Instytut Łączności Państwowy Instytut Geologiczny Państwowy Zakład Higieny Departament Studiów i Planowania – Polski Instytut Spraw Międzynarodowych Specjalistyczny Zespół Opieki Zdrowotnej – Pomnik Centrum Zdrowia Dziecka Instytut Ziemiaka
BONIN	

FALENTY	Instytut Melioracji i Użytków Zielonych
GDYNIA	Instytut Medycyny Morskiej i Tropikalnej
GLIWICE	Instytut Metali Nieżelaznych
	Instytut Metalurgii Żelaza im. S. Staszica
KATOWICE	Główny Instytut Górnictwa
KRAKÓW	Instytut Fizyki Jądrowej im. H. Niewodniczańskiego
	Instytut Górnictwa Naftowego i Gazownictwa
	Instytut Odlewnictwa
	Instytut Zootechniki
LUBLIN	Instytut Medycyny Wsi im. W. Chodźki
ŁÓDŹ	Instytut Medycyny Pracy im. J. Nofera
OLSZTYN	Instytut Rybactwa Śródlądowego
OTWOCKŚWIERK	Instytut Energii Atomowej
POZNAŃ	Instytut Ochrony Roślin
	Instytut Technologii Drewna
	Instytut Zachodni im. Z. Wojciechowskiego
PUŁAWY	Instytut Uprawy, Nawożenia i Gleboznawstwa
	Instytut Weterynarii
RADZIKÓW	Instytut Hodowli i Aklimatyzacji Roślin
SKIERNIEWICE	Instytut Sadownictwa i Kwiaciarnictwa
	Instytut Warzywnictwa
SOSNOWIEC	Instytut Medycyny Pracy i Zdrowia Środowiskowego

Die Mitteilungen gemäß Art. 7 des Abkommens wurden am 19. April bzw. 23. Oktober 1995 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 7 mit 1. Jänner 1996 in Kraft.

Vranitzky